Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige. Redaction, Druck und Verlag von R. Graßmann, Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Sonnabend, den 28. Dezember 1878. Nr. 606.

Abonnements-Einladung.

Unsere geehrten Leser, namentlich die auswärtigen, bitten wir, das Abonnement auf unsere Zeitung recht bald erneuern zu wollen, damit ihnen dieselbe ohne Unterbrechung zugeht und wir sogleich die Stärke der Auflage feststellen können. Die reichhaltige Fülle des Materials, welches wir aus den politischen Tagesereignissen, aus den Reichstags- und Kammerberichten, aus den lokalen und provinziellen Begebnissen darbieten, unsere telegraphischen Depeschen sind so bekannt, daß wir es uns versagen können, zur Empfehlung unserer Zeitung irgend etwas zuzufügen. Wir werden auch fernerhin den orientalischen Angelegenheiten, eine ganz besondere Aufmerksamkeit widmen. Wir werden ebenso für ein spannendes und interessantes Feuilleton sorgen. Der Preis der einmal täglich erscheinenden **Pommerschen Zeitung** beträgt auf allen Postanstalten außerhalb vierteljährlich nur **eine Mark fünfzig Pfennige.** Der Preis der zweimal täglich erscheinenden **Stettiner Zeitung** beträgt außerhalb auf allen Postanstalten vierteljährlich nur **zwei Mark,** in Stettin **in der Expedition monatlich 50 Pfennige, mit Bringerlohn 70 Pfennige.**

Die Redaktion.

Deutschland.

* **Berlin,** 27. Dezember. Die Kommission für den Zolltarif wird am 3. Januar im Reichskanzleramt zusammentreten. Die Mitglieder derselben sind: der kgl. württembergische Staatsminister a. D. Freiherr von Varnbüler als Vorsitzender, der Geh. Regierungsrath und vortragende Rath in der Reichskanzlei Tiedemann, der Geh. Regierungsrath und vortragende Rath im Reichskanzleramt Burchard, der preußische Geh. Regierungsrath und vortragende Rath im Ministerium für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten Rothe, der preußische Geh. Oberfinanzrath und vortragende Rath im Finanzministerium Jähnigen, der bayrische Oberzollrath Franz, der bayrische Regierungsrath Hermann, der kgl. sächsische Geh. Finanzrath Zenker, der württembergische Oberregierungsrath Lutz, der badische Ministerialrath Lepique, der hessische Steuerrath Rukelshausen, der mecklenburg-schwerinsche Oberzolldirektor Oldenburg, der großh. sächsische Geh. Finanzrath Dr. Heerwart. Ausstehend sind noch die Ernennungen zweier Kommissionsmitglieder, des einen Seitens des preußischen Handelsministeriums und des andern Seitens der Hansestädte. — Außer dieser Kommission werden durch die Reichsverwaltung im Laufe des Januar noch weitere Kommissionen berufen werden: zum 7. Januar eine Kommission in Sachen der Aversenfrage der Hansestädte Hamburg und Bremen, zum 13. eine Kommission zur Prüfung der Frage wegen Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in Glasfabriken und am 17. eine Kommission zur Prüfung der Frage wegen Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in Walz- und Hammerwerken. Für die ebenfalls im Januar zusammentretende Kommission zur Prüfung der Frage wegen Verwendung von Spiritus zu gewerblichen Zwecken ist noch kein Termin bestimmt; auch sind die Mitglieder dafür noch nicht ernannt worden

Das „Deutsche Montagsblatt" behauptet, auf den Abschluß der Baumwollen- und Eisenenquete sei bei den bevorstehenden Arbeiten über die Zolltarifreform keine Rücksicht zu nehmen, da die betreffenden Fragen den Zolltarif nicht berühren Es wäre überflüssig, auf das Unverständliche dieser Angabe hinzuweisen, wenn sie nicht über den engen Leserkreis des „Montagsblattes" hinausgekommen wäre. Da sie aber in verschiedenen weit verbreiteten Blättern Aufnahme gefunden hat, so ist es wohl nothwendig, auf die Verkehrtheit jener Ansicht hinzuweisen. Es ist schwer zu verstehen, wie Jemand auf den Einfall kommen kann, daß die Frage der Baumwollen- und Eisenzölle nichts mit den Zolltarif zu thun habe.

Zu anderweiter Regelung des telegraphischen Verkehrs mit Großbritannien und Irland ist am 11. November in Berlin ein neues Telegraphen-Uebereinkommen abgeschlossen worden. Dasselbe hat jetzt die vorbehaltene Genehmigung erhalten. Es beruht auf den Grundsätzen: Einführung der Einheitstaxe und des reinen Worttarifs ohne eine Grundtaxe Das Uebereinkommen tritt am 1. Januar in Kraft.

Am 1. Januar treten dem allgemeinen Postverein bei: Neufoundland, die britischen Kolonien an der Westküste von Afrika, die Falkland-Inseln und britisch Honduras.

Berlin, 28. Dezember. Die „Provinzial-Korrespondenz" druckt heute das Schreiben des Reichskanzlers ab und bemerkt, nachdem in einem vorderen Artikel der unablässige Eifer betont, mit welchem der Reichskanzler nach einer Verständigung mit der Volksvertretung strebe, das Folgende:

In dem vorstehenden Schreiben hat der Kanzler den leitenden Gedanken seiner Steuer- und Zollpolitik zum ersten Male in einer bestimmten Gestaltung der weiteren Berathung unterbreitet. Als das Hauptziel seines Strebens hat er bereits im norddeutschen Bunde und noch entschiedener seit der Gründung des deutschen Reiches die höhere Nutzbarmachung der indirekten Steuern anstatt der direkten bezeichnet.

In einem Theil der Presse hat man der jetzigen Aeußerung des Kanzlers einige Worte aus einer Rede desselben vom Jahre 1875 entgegensetzen zu dürfen gemeint. Auch damals hatte er als das Ideal, nach dem er strebe, entschieden bezeichnet, den Staatsbedarf möglichst ausschließlich (und nur mit Ausnahme der Einkommensteuer von den wirklich reichen Leuten) durch indirekte Steuern aufzubringen), — dann aber hatte er hinzugefügt, seiner Meinung nach müsse man sich auf das Gebiet eines reinen einfachen Finanzzollsystems zurückziehen und alle diejenigen Artikel, die nicht wirklich Finanzartikel sind, d. h. nicht hinreichenden Ertrag geben, über Bord werfen, — die zehn oder fünfzehn Artikel, die die größte Einnahme gewähren, müßten soviel abgeben, wie wir aus den Zollquellen für unsere Finanzen nehmen wollen. Als solche Gegenstände der Verzollung und zugleich einer entsprechenden Besteuerung im Inlande erklärte er im Allgemeinen diejenigen Verzehrungsgegenstände, deren man sich, ohne das Leben zu schädigen, in gewissem Maße wenigstens zu enthalten vermöge.

Die Blätter, welche diese Aeußerung des Kanzlers jetzt in Erinnerung bringen, hätten, um demselben gerecht zu werden, gleich auch die Sätze wieder abdrucken sollen, da er unmittelbar hinzufügte:

„Ich will nur im Allgemeinen das System entwickeln, nach dem ich streben würde, wenn sich dieses Streben so leicht verwirklichen ließe, wie die Gedanken, die eben leicht im Kopfe bei einander wohnen, aber im Raum da stoßen sich fünfundzwanzig Regierungen und die verschiedenen Interessenten und Parlamente, ja selbst schon die Ministerien in sich und die eigenen Mitarbeiter, wie wir hier bei einander sitzen, selbst wir würden eine Menge einander bekämpfender Gedanken zum Vorschein bringen, die man um des Friedens willen sich verschweigt, und da ist die Herstellung einer Einigung über große, durchgreifende Reformen eine Herkulesarbeit."

Der Kanzler hat das Hauptziel, das er damals bezeichnet hatte, die Deckung der Staatsbedürfnisse vornehmlich durch die indirekten Steuern, unverändert festgehalten — auf welchem Wege er es erreichen kann, das hängt eben nicht von ihm allein ab — er bedarf dazu eben der Unterstützung aller Faktoren in den Regierungen, im Parlament und in der Bevölkerung selbst. Fehlt ihm diese Unterstützung für einen bestimmten Weg, so giebt er darum das Ziel nicht auf, sondern versucht einen anderen Weg. Er hatte in der Rede von 1875 ausdrücklich gesagt: er hoffe auf jene Unterstützung. Die Hoffnung hat sich nicht erfüllt, die Unterstützung ist ausgeblieben. Für den damals von ihm angeregten Weg, nach englischem Beispiele nur wenige ergiebige Finanzartikel als Grundlage zu nehmen, ist ihm die Unterstützung schon bei dem ersten Hauptartikel, dem Taback, den er als einen der besten und wesentlichsten Artikel bezeichnet und zu dessen Tragkraft er ein besonderes Vertrauen hatte, versagt worden, bei den Regierungen sowohl wie im Parlament. Wenn der Taback nur etwa 60 Millionen Mark bringen soll, so ist jener „englische" Weg nicht gangbar.

Die Hauptsache für einen praktischen Politiker wird immer Erreichung des Zieles ohne Rücksicht auf die theoretischen Modalitäten dieser oder jener Gangart sein. Außerdem schließt das eine System das andere nicht aus. Gelingt es, einige Hauptartikel in ähnlich starkem Maße wie in England, in Amerika heranzuziehen, so steht Nichts im Wege, die Zahl der steuernden Artikel auch wieder zu vermindern, wenn ihre Ausdehnung praktisch lästig und nachtheilig gefunden wird.

Ebenso kann auf dem Wege künftiger Handelsverträge die Verständigung mit anderen Staaten darüber gewonnen werden, daß wir auf manche der Zölle verzichten, die wir jetzt etwa auflegen. Das System der Kampfzölle, um in die chinesische Mauer anderer Staaten Bresche zu legen, hat der Kanzler schon früher empfohlen. Um aber durch Konzessionen Gegenkonzessionen erlangen zu können, muß man nicht in der Lage sein, Alles, was man konzediren könnte, vorher freiwillig verschenkt zu haben. Um auf Zölle verzichten zu können, muß man sie vorerst haben, oder, wenn man sie nicht hat, einführen. Zoll- und Finanz-Systeme bilden sich praktisch und allmälig aus, wenn sie gesund auswachsen sollen: Praxis und Erfahrung müssen die Fehler verbessern helfen, welche blos theoretische Systeme mit sich führen. Nach deutschen Einrichtungen und Gewohnheiten kommt die praktische Erfahrung der Theorie gegenüber niemals rasch zur Geltung, — aber wenn die Entwickelung eine langsame ist, wird sie hoffentlich eine gesunde sein.

Jeder Schritt zu dem Hauptziele, das der Kanzler seit Jahren unablässig im Auge hat, auf dem einen oder anderen Wege vorwärts gethan, wird immer ein Gewinn für die nationale Wohlfahrt sein.

— Die Kommissarien der Berlin-Stettiner Eisenbahn-Gesellschaft, welche mit der Führung der Verhandlungen wegen Abschluß eines Betriebs-Ueberlassungs-Vertrages beauftragt worden waren, sind, nach der „B. B.-Ztg.", zum 30. d. Mts. vom Handelsminister zu einer neuen Sitzung behufs Fortsetzung der Verhandlungen eingeladen worden. In Folge hiervon ist der Verwaltungsrath in schleunigster Weise zu gestern (Freitag) Mittag zu einer Sitzung nach Stettin geladen worden, um darüber Beschluß zu fassen, ob die Verhandlungen auf einer anderen Basis als der bisherigen fortgesetzt werden sollen und eventuell welche Instruktionen denselben hierfür zu ertheilen sind.

— Die Rinderpest nimmt leider immer größere Dimensionen an, trotzdem die schärfsten Vorsichtsmaßregeln seitens der Verwaltungsbehörden ergriffen sind. So hat jetzt auch, wie wir der „B.- u. H.-Ztg." entnehmen, im Kreise Angermünde ein Seuchenbezirk gebildet werden müssen, welcher den östlich von der Berlin-Stettiner Eisenbahn belegenen Theil dieses Kreises ausschließlich der Stadt Angermünde umfaßt. Nach einem Reskript des landwirthschaftlichen Ministers an den Regierungs-Kommissar in Sachen der Rinderpest, Herrn Regierungsrath Schaube in Frankfurt a. O., soll der Eisenbahn-Transport von Rindvieh aus der Provinz Brandenburg in einzelnen, besonders zu prüfenden Fällen unter folgenden Bedingungen gestattet sein:

1) Der Transport darf nur nach dem Schlachtviehhof in Berlin in verschlossenen Wagen erfolgen. In diese Wagen darf unterwegs kein anderes Vieh zugeladen werden als solches, welches gleichfalls für den Schlachtviehhof in Berlin bestimmt ist und dort dem Schlachtzwange unterliegt.

2) Es wird nur die Verladung solchen Rindviehs gestattet, welches nach einer von dem betreffenden Landrathe auszustellenden Bescheinigung ca. 4 Wochen in der Stallung des Versenders resp. Verkäufers gestanden hat und nach einer von einem approbirten Thierarzte nicht früher als 48 Stunden vor der Versendung ausgestellten Bescheinigung vollständig gesund ist.

Der Regierungs-Kommissar seinerseits macht bekannt, daß bezügliche Anträge an die Kreislandräthe zu richten sind und daß in der Regel die Erlaubniß zur Viehverladung vorläufig nur für solche Orte ertheilt wird, welche mindestens 20 Kilometer von einem konstatirten Pestorte entfernt sind.

Berlin, 27 Dezember. Graf Harry Arnim hat in der für die deutsche Kirchenpolitik entscheidenden Periode eine zu hervorragende Stellung eingenommen, als daß sein Zeugniß über die Entwickelung der Angelegenheit nicht zu den historischen Dokumenten zu zählen sei. Daß aus persönlichen und sachlichen Gründen seine Mittheilungen nur mit besonderer Vorsicht und kritischer Kontrolle benutzt werden können, haben wir nicht nöthig, besonders zu betonen.

Nachdem sich Graf Arnim als Verfasser der jüngsten Broschüre: „Der Nuntius kommt" offen bezeichnet hat, sind ihm eine Reihe von Briefen zugekommen, in welchen ihm vorgeworfen wurde, die Maigesetze kritisirt zu haben, ohne zu wissen, was an die Stelle gesetzt werden solle. Auch die Anmuthung ist ihm gemacht worden, anzuerkennen, daß es „theils ruchlos, theils sinnlos" gewesen sei, einen Streit mit der römischen Kirche zu beginnen, und die Frage liege nahe, ob der Einsatz das Spiel verlohne.

Auf diese Punkte antwortet er in einer neuen Broschüre mit dem Titel: „Quid faciamus nos" — was beginnen? In Bezug auf die erste der erhobenen Einwendungen bemerkt der Verfasser:

„Dieselbe Frage kann jedesmal gestellt werden, wenn ein Streit oder ein Krieg ausbricht. Alte Gegensätze führen immer zu einem Kriege bei einem Anlaß, der, aus dem Zusammenhange gerissen, nicht so erheblich scheint, daß die Knochen eines pommerschen Musketiers dafür zerbrochen werden müssen. Ja bis in die letzte Zeit hinein — wäre es nicht ganz harmlos und einfach gewesen, wenn der König Wilhelm ein ganz kleines Billet an den Kaiser Napoleon geschrieben hätte, um ihn seiner Hochachtung und seines Entschlusses zu versichern, die Hohenzollern'sche Kandidatur für immer zurückzuziehen? Ebenso verhält es sich mit dem österreichischen und dem dänischen Kriege. Immer ist es eine ganz kleine Etiquettenfrage, oder ein puntiglio, an welchem der Friede in die Brüche geht — vorausgesetzt, daß alte Gegensätze vorliegen, die allmälig unerträglich werden.

Genau so liegt die Sache mit der römischen Kirche. Der Gegensatz zwischen Papst und Kaiser ist nothwendig, historisch — ja vielleicht für die Menschheit im Allgemeinen sehr förderlich. — Aber daß sie von Zeit zu Zeit aufeinanderstoßen, ist unvermeidlich. — Der unmittelbare Anlaß mag bedeutend oder unbedeutend scheinen. Ich kann mich daher nicht davon überzeugen, daß es dem „Kaiser" möglich war, eine Auseinandersetzung mit dem „Papst" zu vermeiden. Das heißt alle die Prinzipien, als deren Träger der Kaiser erscheint, mußten nach 1870 mit den päpstlichen Privilegien zusammenstoßen.

Die Frage kann daher nur sein, ob es nicht möglich gewesen wäre, bei diesem Zusammenstoß der beiden Lokomotiven, welche die Völker hinter sich herziehen, die Zertrümmerung der Züge zu vermeiden."

Das Bild ist jedenfalls nicht sehr glücklich gewählt; zwei Lokomotiven werden nie ohne Schaden zusammenstoßen, sonst ist es eben kein Stoß; und die Vorstellung von zwei Zügen, die auf einander treffen und sich nur aufhalten, ermüdet die Phantasie, ohne den Begriff zu fördern. Die Puffer, welche der ehemalige Gesandte beim Vatikan zwischen die Züge geschoben haben würde, bestehen, wie wir aus der Broschüre entnehmen, im Gegensatz zu den von ihm verurtheilten Maigesetzen in Folgendem.

Erstens hätte der Staat dekretiren sollen: die ehemalige römische Kirche hat in Folge der Publikation des Unfehlbarkeitsdogmas aufgehört zu existiren; zweitens wäre dann beizufügen gewesen: der Staat erkennt die von dem römischen Bischof regierte Kirche als eine neue zu Recht bestehende Religions-Gesellschaft an.

Das wären zweifellos sehr interessante Beschlüsse gewesen, aus deren Ausbleiben aber keinenfalls irgend Jemand ein Schade erwachsen ist. Die praktische Folgerung aus dieser dogmatisch-politischen Kritik würde allerdings eine nach der Broschüre bedeutende gewesen sein. Der Staat sollte das gesammte Vermögen der ehemaligen katholischen Kirche als ihm verfallen erklären und einzig den Bischöfen und Geistlichen Zuwendungen daraus machen, die ihm angenehm, personae gratae wären. Damit meint der Verfasser die „Hauptfehler" der Maigesetze vermieden zu haben, die Einmischung in innere Angelegenheiten der Kirche und das „Strafensystem", welches die preußische Gesetzgebung so verhaßt gemacht habe. Ob die Konfiskation der Güter,

wenn sie Wahrheit wurde, die preußische Gesetzgebung weniger verhaßt gemacht, stellen wir dahin, — daß die Aussonderung von personae gratae immer nach Gesichtspunkten geschieht, die im letzten Grund sich gleichfalls in die innere Angelegenheit der Kirche mischen, bedarf für den Mann praktischen Blickes keines Beweises. Die Maigesetzgebung hat aber jedenfalls den Vorzug, daß sie für die Mittel sorgt, personae gratae zu erziehen und nicht schließlich Alles auf den „Zusammenstoß der Lokomotiven" zu stellen. Die höhere Weisheit des Verfassers erscheint uns somit auch nach seiner zweiten Broschüre außerordentlich fraglich.

Beigegeben sind einige Anekdoten, z. B., daß Pius IX. zum Nachgeben bereit gewesen sei, gerade ehe er die Allokution hielt, in welcher Fürst Bismarck mit Attila verglichen wurde — da sei die Veröffentlichung des päpstlichen Briefes an den Kaiser erfolgt, die Pius dem Reichskanzler nie verziehen hätte! Ein Ausspruch von Thiers über die Kirchenpolitik des Reichskanzlers: il lui en cuira, er wird sich die Finger verbrennen und einige Rückblicke auf das, was hätte geschehen können, um Pius IX. mit dem Konzil eine „moralische Niederlage" zu bereiten, registriren wir der Vollständigkeit halber.

Ob der Verfasser der Meinung ist, heute noch zu der Konfiskation des katholischen Kirchenvermögens zu schreiten, können wir nicht aus der Broschüre ersehen.

Ausland.

Wien, 26. Dezember. Alle erneut auftauchenden Nachrichten über die Bildung eines cisleithanischen Ministeriums sind durchaus unbegründet, eben so die vielfachen Gerüchte über Auflösung des Reichsraths. Das Einrücken in das Sandschak Novibazar wird keinesfalls im Winter, sehr wahrscheinlich aber sofort bei Anbruch des Frühjahrs stattfinden. Die Verhandlungen werden direkt in Stambul zwischen Zichy und Karatheodory geführt. Die Stellung Khereddin's gilt für ernstlich gefährdet. Rußland versucht insgeheim, dem Sultan nahestehende Kreise für eine besondere Konvention zu gewinnen. Der Sultan ist schwankend, während Said dem englischen Einfluß unzugänglich sein soll. Die italienischen Wühlereien durch katholische Priester in Albanien werden hier sehr ungünstig aufgefaßt. Oesterreich wird die Festsetzung Italiens im Osten des adriatischen Meeres nicht dulden, begünstigt aber die griechischen Wünsche. Es dürfte als sicher gelten, daß Oesterreich, falls Rußland den Verpflichtungen des Berliner Friedens sich entziehen sollte, für die Aufrechthaltung desselben nicht das Schwert ziehen, sondern seinerseits eine Entschädigung durch Ausdehnung seines Einflusses auf die Südslawen, nöthigenfalls durch Ausdehnung der Besetzung, suchen wird.

Paris, 25. Dezember. Die gestrige Rede Gambetta's auf dem Banket der Handlungsreisenden wird von sämmtlichen republikanischen Organen als ein „Ereigniß" von großer politischer Bedeutung betrachtet und zugleich versichert, daß dieselbe den günstigsten Eindruck auf die Senatswähler machen und besonders dazu beitragen werde, den schon gesicherten Wahlsieg noch glänzender zu gestalten. Diese Auslassung des ehemaligen Diktators und voraussichtlich zukünftigen Präsidenten der Republik war allerdings wohl hauptsächlich dazu bestimmt, auf die Delegirten einzuwirken und die unter denselben etwa noch herrschenden Befürchtungen zu verscheuchen. Daher erklären sich diese weisen Mahnungen zur Mäßigung und zur Geduld, diese Warnung vor übertriebenen Hoffnungen und diese beruhigenden Versicherungen im Allgemeinen, welche ersichtlich den Zweck hatten, den Senatswählern Vertrauen einzuflößen, deren große Majorität wohl von der republikanischen Strömung erfaßt ist, die aber gewiß nicht gewillt sind, durch ihre Abstimmung die Radikalen und die Revolutionäre zur Gewalt zu bringen.

In dem Theile seiner Rede, wo er von den nunmehr bezwungenen Feinden der Republik, den Bonapartisten, Orleanisten und Legitimisten spricht, ließ Gambetta seiner alten Heftigkeit freien Lauf und beschimpfte und bedrohte die monarchische Presse in einer eben nicht sehr eleganten Sprache; aber dadurch trat um so mehr die Mäßigung hervor, welche er sich auferlegte, sobald er dazu gelangte, die neue Aera zu schildern, welche nach den Senatswahlen beginnen soll. Die Rede ist demnach dahin aufzufassen, daß Gambetta es in diesem Augenblicke für zweckmäßig erachtet, vor Allem zu beruhigen und „abzuwiegeln". Er hat es auch weislich vermieden, sich, wie in Romans, auf Einzelheiten einzulassen und die Pläne und Projekte der republikanischen Partei zu erläutern; er hat sich lediglich darauf beschränkt, allgemeine Versicherungen abzugeben und er hat sich gehütet, irgend welche bestimmte Versprechungen zu machen. Sodann muß noch hervorgehoben werden, daß Gambetta bemüht gewesen ist, nicht allein die „Furchtsamen" des Inlandes, sondern auch die „Mißtrauischen" des Auslandes zu beruhigen, indem er die Freundlichkeit hatte, zu versichern, daß die republikanische Partei keineswegs beabsichtige, ihre Theorien zu „exportiren". Es ist sicherlich unnöthig, an der Aufrichtigkeit dieser gemäßigten Sprache und diesen beruhigenden Versicherungen zu zweifeln; es fragt sich nur, ob Herr Gambetta auch im Stande sein wird, nach errungenem Siege diese Mäßigung zu bewahren und diese Versicherungen zu verwirklichen.

London, 25. Dezember. Vom afghanischen Kriegsschauplatz wird dem „Daily Telegr." aus Kuram vom 24. d. gemeldet, daß General Roberts am 27. d. M. Khosthal zu besetzen gedenke. Die Flucht Schir Ali's wird von verschiedenen Seiten bestätigt. Nach einem Spezialtelegramm des „Pester Lloyd" aus Petersburg vom 23. hat der Emir im Gefolge der russischen Gesandtschaft, welche aus General Rosganoff, dem Topographen Benderski, dem Offizier Nalevinski, vier Usbeks und einem Pulk Kosaken besteht, die Grenze Afghanistans überschritten und sich nach Taschkend begeben. Nach einer Meldung von Reuter aus Kalkutta hat Schir Ali schon am 10. d. (nach den „D. N." am 13. d.) Kabul verlassen. Ueber die Befreiung Jacub Khan's sind weitere Nachrichten noch nicht eingetroffen.

Dieser Erfolg des Krieges ist den Engländern im Allgemeinen nicht sehr erwünscht; ihnen lag mehr daran, Schir Ali zu demüthigen, ihn zu einem Frieden mit der bekannten „wissenschaftlichen Grenz-Berichtigung" zu zwingen, aber nicht ihn vom Thron zu stoßen. Unter Englands Protektorat sollte er vielmehr seine Herrschaft befestigen und Afghanistan zu einem starken Wall gegen russische Eroberungsgelüste machen. Obgleich sein Sohn und präsumptiver Nachfolger Jacub Khan den Engländern sein Leben zu danken, das sein Vater bedrohte, um seinem Stiefbruder die Erbfolge zu sichern, so ist es doch sehr fraglich, ob derselbe, falls er wirklich mit der Regierung des Landes von seinem Vater oder durch den Volkswillen betraut worden ist, nicht den Krieg gegen die Briten fortsetzen werde. Er gilt für einen tüchtigen Krieger, ist unterrichtet, spricht gewandt englisch — soll aber durch die langjährige Gefangenschaft physisch und moralisch sehr gelitten haben

Die Londoner Zeitungen warnen davor, sich durch die Flucht des Emirs und die in Afghanistan herrschende Anarchie verleiten zu lassen, das ursprüngliche Ziel des Krieges weiter zu stecken. Nach wie vor dürfe nur von einer Berichtigung der Grenze die Rede sein, weitergehende Eroberungen dürften nicht gemacht werden. Die Züchtigung des räuberischen Stammes der Zukkur-Khels, welcher das englische Lager bei Alimesjid überfallen hat, ist nicht in dem Maße geglückt, als man sich von der kombinirten Operation der Generale Tytler und Maude versprach. Die Zukkur-Khels sind von dem gegen sie geplanten Nachzug durch Spione unterrichtet worden und haben so Zeit zur Flucht in die Berge gehabt. Ihre Dörfer sind allerdings von den Engländern verwüstet worden. Aller Wahrscheinlichkeit sind die Spione der Bergstämme Angehörige des indobrittischen Heeres. General Roberts wenigstens hat die trübe Erfahrung machen müssen, daß, als er in der Nacht vom 1. Dezember im Pevarpasse einen Flankenmarsch zur Umgehung des Spin Gawi unternahm, der Feind durch Signalschüsse, welche von Mannschaften des 29. Eingeborenen-Infanterie-Regiments abgefeuert wurden, von seinem Nahen unterrichtet wurde. Jetzt ist ein Kriegsgericht damit beschäftigt, die Schuldigen zu ermitteln und zu bestrafen; zwei derselben sind schon zum Tode verurtheilt. Auch zahlreiche Desertionen aus den Eingeborenen Regimentern werden gemeldet. Diese Regimenter bestehen zumeist aus Pathans, den wenigst zuverlässigen Indiern, welche der britischen Krone unterworfen sind.

Provinzielles.

Stettin, 28. Dezember. In der gestrigen Sitzung des Verwaltungsrathes der Berlin-Stettiner Eisenbahngesellschaft, die nur kurze Zeit dauerte, wurde das Schreiben des Ministers zur Kenntniß genommen und darauf hin ist denn beschlossen worden, die bisherigen Kommissare, von Seiten des Direktoriums Herrn Direktor Ohlschläger, von Seiten des Verwaltungsraths Herrn Gustav Jüterbock in Berlin und Herrn Geheimrath Brumm in Stettin zu neuen Verhandlungen fungiren zu lassen. Auf die Frage des zu fordernden Preises wurde nicht eingegangen, da zunächst der Minister die Verpflichtung habe, nach dem, was bisher geschehen sei, eine Offerte zu machen. Die Sitzung der Kommissarien findet am Montag Vormittag 11 Uhr im Handelsministerium statt. Die Delegirten der Bahn werden zunächst bei dem Satze von 5 1/3 pCt. stehen bleiben und etwaige anderweite Offerten des Ministeriums nur ad referendum nehmen. Sie werden betonen, daß durch die Verzögerung für die Bahn große Nachtheile erwachsen sind, indem durch die Ungewißheit jede Aenderung in der Betriebsorganisation hintangehalten wurde. Das Reskript des Ministeriums hebt als ändernde Umstände „die Nichtauszahlung der gewohnten Abschlagsdividende von 2 pCt. und die Minder-Einnahmen der letzten Zeit" hervor, durch welche Umstände die Auffassung der legislativen Körperschaften beeinflußt werden müßte.

— Gestern fand hier eine Direktions- und Verwaltungsraths-Sitzung der Berlin-Stettiner Eisenbahngesellschaft statt behufs Feststellung der den Kommissarien für die weiteren am Montag stattfindenden Verkaufsbesprechungen im Handelsministerium zu ertheilenden Instruktionen. Die Montagssitzung fällt daher hier aus.

— Vom 1. Januar 1879 ab sind bei Postpäckereisendungen nach Belgien, ebenso wie bei allen über Belgien geleiteten Packetsendungen nach Frankreich und Großbritannien, zwei gleichlautende Zolldeklarationen erforderlich. Dieselben müssen, wie bisher, in französischer Sprache abgefaßt sein.

— Nach einem Erkenntniß des Reichs-Oberhandelsgerichts, III. Senat, vom 11. November, ist bei der Feststellung einer dauernden Entschädigungsrente für einen beim Eisenbahn- rc. Betriebe verletzten Menschen, dessen Verletzung die Erwerbsfähigkeit vermindert hat, unter Anderem auch zu berücksichtigen, ob die beschränkte, noch vorhandene Arbeitskraft nach den allgemeinen Verhältnissen überhaupt und mit ähnlicher Sicherheit verwerthbar ist, als früher die ganze Arbeitskraft. Auf die augenblickliche thätliche Verwerthung der Arbeitskraft des Verletzten ist nur insoweit Rücksicht zu nehmen, als während der Dauer dieser Verwerthung von der objektiv festgestellten Rente ein dem Lohne entsprechender Theil abgezogen werden kann

— Zur Prüfung von Lootsen ist ein Termin auf den 20. Januar 1879, Vormittags 9 Uhr, im Dispositions-Zimmer der hiesigen königlichen Regierung angesetzt. Diejenigen Individuen, die sich einer Prüfung als See- oder Revierlootsen an dem gedachten Tage unterwerfen wollen, haben sich deshalb baldigst bei dem Direktor der königlichen Prüfungs-Kommission für Lootsen, dem Herrn Geh. Kommerzienrath Brumm, kleine Domstraße 2, zu melden, und demselben die in der Prüfungs-Instruktion vom 1. Februar 1862 § 3 vorgeschriebenen Atteste über ihr Wohlverhalten und über ihre bereits stattgefundene Beschäftigung im Lootsen-Dienste für den Ort, wo sie angestellt sein wollen, gleichzeitig einzureichen. Die Moralitäts-Atteste müssen von den betreffenden Ortspolizei-Behörden ausgefertigt, etwaige Schulzen-Atteste vom Amtsvorsteher als richtig beglaubigt sein.

— An der Präparandenanstalt zu Plathe ist der kommissarische Lehrer Karl Wille als zweiter Lehrer angestellt.

— Dem Rechtsanwalt und Notar, Justizrath Wagener in Stralsund ist die nachgesuchte Entlassung aus dem Justizdienste zum 1. Januar k. J. ertheilt worden.

— In einer Untersuchung gegen einen Bürger wegen Widerstandes gegen einen Steuer-Exekutor, welcher die für rückständige Steuern gepfändeten Mobilien abzuholen gekommen war, hat das Ober-Tribunal durch Erkenntniß vom 26. November d. Js. folgende Rechtssätze ausgesprochen: 1) Trägt der Exekutor bei der Zwangsvollstreckung nicht blos das in der Regel von den Exekutoren zu ihrer Legitimation getragene Dienstschild, so macht dieser Mangel die Amtshandlung des Exekutors noch nicht zu einer unrechtmäßigen und auch subjektiv den Widerstand des mit der Zwangsvollstreckung Bedrohten nicht entschuldbar, wenn dieser sich bewußt ist, daß er es mit einem Beamten zu thun habe, der mit der Vollstreckung einer Exekution gegen ihn beauftragt sei. 2) Die Pfändung darf nach der Verordnung vom 30. Juli 1853 nur auf Grund eines von der das Zwangsverfahren leitenden Behörde ausgefertigten schriftlichen Pfändungsbefehls vorgenommen werden, und dieser Befehl muß bei der Pfändung dem Schuldner vorgelegt werden. Dagegen ist eine wiederholte Vorzeigung des Pfändungsbefehls bei der Abholung der gepfändeten Sachen nur dann erforderlich, wenn sie vom Schuldner verlangt wird. 3) Die Strafbarkeit des geleisteten Widerstandes gegen einen Beamten bei der rechtmäßigen Ausübung seines Amtes hängt nicht von dem Erfolge desselben ab.

† **Züllchow**, 27. Dezember. Selten ist in einem kleinen Ort so viel für Geselligkeit und Unterhaltung gesorgt, als bei uns. Wir besitzen außer den überall üblichen Schützen- und Turn-Vereinen auch einen Dilettanten- und den Männergesang-Verein „Concordia", welche eine rührige Thätigkeit entfalten und mit ihren Vorträgen durchaus nicht die Oeffentlichkeit zu scheuen brauchen. Was uns aber besonders vor anderen kleinen Orten geboten wird, ist eine gute Musik, denn die Konzerte, welche Herr Direktor Walter mit seinen Schülern sonntäglich in Seidel's Konzertsaal veranstaltet, können von manchem stärkeren Orchester nicht besser ausgeführt werden. Mit größeren Kompositionen wechseln Flöten-, Trompeten- und Waldhorn-Solis; am 1. Feiertage hatten wir auch Gelegenheit, ein gut geschultes Streichquartett zu hören, welches allseitigen Beifall fand. Möge sich auch ferner der Sinn für Musik und Gesang in unserem Ort immer mehr entfalten und dadurch die Geselligkeit und gute Sitte gefördert werden.

Swinemünde, 26. Dezember. (Str. Z.) Seitens des Direktoriums der Berlin-Stettiner Eisenbahn-Gesellschaft sind mit Rücksicht auf die in letzterer Zeit hier stattgehabten Schiffsentlöschungen und Verladungen von Waaren, welche voraussichtlich den ganzen Winter über stattfinden werden, den betreffenden Waaren-Empfängern beziehungsweise Waaren-Versendern, bezüglich des Güterverkehrs zwischen Stettin einerseits und Swinemünde andererseits, für die Zeit vom 23. d. Mts. bis 31. März 1879 bedeutende Erleichterungen gewährt worden. Beispielsweise sind die Frachtsätze für Eilgut auf 2 M. pro 100 Kilogramm, für Stückgut auf 1 M. pro 100 Kilogramm u. s. w. ermäßigt worden. Während der angegebenen Zeit wird außerdem für Blei- und Zinktransporte, welche mit der Bahn hier eingehen, ein dreimonatliches freies Lager auf dem hiesigen Bahnhofe, unter Garantie nach Maßgabe der Bestimmungen des Betriebs-Reglements, jedoch ausschließlich der Feuersgefahr, sowie Stundung der überwiesenen Fracht bis zur Abnahme des Zinks, event. jedoch längstens für den Zeitraum von 3 Monaten, bewilligt.

Garz, 26. Dezember. Auf dem der Stadt Stralsund gehörigen Gute Mellnitz brannte heute früh 4 Uhr das Nebenhaus nieder. Das Feuer ist wahrscheinlich durch einen Schornsteinbrand oder aus zurückgebliebenen Kohlen auf dem Feuerheerde entstanden. Wegen der verschneiten Wege war nur die Poseritzer Spritze erschienen, deren ausgezeichneten Leistungen es zu danken ist, daß die daran grenzenden Gebäude konnten gerettet werden. Die in den oberen Räumen des Gebäudes befindlich gewesenen Mobilien sind sämmtlich verbrannt; leider ist der Statthalter durch Niederstürzen des Schornsteins nicht unerheblich verletzt.

Vermischtes.

— Eine gemüthliche und erhebende Weihnachtsfeier hatte die 3. Eskadron des Garde-Kürassier-Regiments der Munificenz ihres Offizierkorps zu verdanken, indem letzteres unter Aufwendung eines ansehnlichen Geldbetrags am heiligen Abend eine Weihnachtsbescheerung sämmtlicher Unteroffiziere und Mannschaften der Eskadron in Scene gesetzt hatte. Ein mächtiger Christbaum, welcher in einem Saale der Kaserne aufgestellt worden war, bestrahlte in hellstem Kerzenglanz eine Unzahl von Gaben, die sich meist aus den dem Soldaten nothwendigsten und liebsten Gegenständen, wie angenehmen Victualien, Cigarren, Tabak, Tabakspfeifen und Cigarrenspitzen rc. zusammensetzten. Die herzlichste Freude offenbarte sich bei allen Festtheilnehmern.

— Eine unverhoffte Weihnachtsbescheerung — so berichtet man aus Frankfurt a. M. — wurde einem braven armen hiesigen Arbeiter zu Theil. Vor Jahren entzweite sich derselbe auf's Heftigste mit seiner Schwester. Die Geschwister trennten sich und die Letztere zog, ihrer Herzensneigung folgend, nach Frankreich. Niemand wußte, wo sie sich aufhielt. Die Familie hielt sie für verschollen. Dieselbe ist nun in Paris ohne Leibeserben gestorben und hat ihrem Bruder, da sie kein Testament machte, ein Baarvermögen von 120,000 Francs hinterlassen. Vorgestern traf der betreffende Agent hier ein, ermittelte den Aufenthalt der Erben und erhob auf dem Standesamte die betreffenden Papiere.

— „Ich wäre ganz glücklich in meiner Ehe", sagte eine Frau zu ihrer Freundin, „wenn ich nicht so viel Streit mit meinem Manne hätte." — „Ah — über was streitet Ihr denn eigentlich?" — „Ja, siehst Du, mein Mann behauptet immer, er wäre es, der mich am Meisten liebt, während ich überzeugt bin, daß ich es bin."

— Ein Familienvater kehrt von einer längeren Reise zurück. Auf dem Bahnhof fliegt ihm sein kleiner Junge an den Hals. „Na, Karlchen, wie geht's zu Hause?" — „Alles munter, Papa, ich bin gesund und Minchen auch." — „Aber Mama?" — „O, da kannst Du ganz ruhig sein, die lebte ordentlich auf, als du fort warst."

— (Bescheidenheit ist eine Zier.) Ein Arzt in Basel fügte kürzlich einer Rechnung, welche er einem glücklich genesenen Patienten zuzustellen hatte, am Schlusse noch folgenden Posten bei: „Für den glücklichen Ausgang der Krankheit 20 Franken."

Literarisches.

C. Regenhardts Fabrikanten- und Export-Waaren-Lexikon. Illustrirter Führer durch die gesammte Industrie in Deutschland, Oesterreich-Ungarn und der Schweiz. Mit steter Rücksicht auf die Erzeugnisse des Auslandes, soweit solche sich über die Grenzen der eigenen Heimath hinaus Eingang verschafft haben und einem Anhange „Die Kolonialwaaren", ihre jenseitigen Producenten und diesseitigen Importeure.

In einem über 1000 Seiten starken Bande wird über mehr als 100,000 wohlrenommirte Fabrikanten oder Producenten der Naturerzeugnisse in Deutschland, Oesterreich-Ungarn und der Schweiz Aufschluß gegeben und zwar in drei verschiedenen Abtheilungen:

I. Abtheilung. Die gesammten Erzeugnisse des menschlichen Schaffens auf dem Gebiete der Industrie und des modernen Kunstgewerbes, sowie die Natur- und Landesprodukte unseres heimathlichen Bodens alphabetisch, nach Branchen geordnet, damit man in leichter Uebersicht vor sich hat, wo überall und bei wem der gesuchte Artikel zu finden ist.

II. Abtheilung. Die Industrie nach dem Alphabet der Städte geordnet in drei Abschnitten: Deutschland, Oesterreich Ungarn und die Schweiz, um so von der Produktion eines jeden Platzes ein klares Bild zu geben.

III. Abtheilung. Erläuternde Notizen, worin einem jeden Fabrikanten, sofern derselbe als geeignet befunden wurde, um in dem redaktionellen Theile des Buches verzeichnet zu werden, Gelegenheit geboten wird, durch Abbildung von Prachtstücken oder über Spezialitäten seiner Erzeugnisse, neue Erfindungen, Verbesserungen, Patente, über empfangene Medaillen, Auszeichnungen, Geschäftsmarke oder Produktionskraft seines Etablissements nähere Mittheilung zu machen.

Telegraphische Depeschen.

Paris, 27. Dezember. Das Journal „France" meldet, daß der Bey von Tunis trotz des Widerspruchs des französischen Konsuls das Eigenthum eines Franzosen, des Grafen Saucy, zu verletzen habe; das Journal will wissen, daß Seitens des französischen Ministers des Auswärtigen ernste Maßregeln ergriffen werden würden, um für diese Unbill eine Genugthuung zu erlangen. Das Blatt ist der Meinung, der Bey habe auf diese Weise eine Krisis herbeiführen wollen, um Frankreich zu nöthigen, seine definitiven Absichten bezüglich einer Annexion von Tunis oder eines Protectorates über das Land kund zu thun.

London, 27. Dezember. Nach einem bei Lloyds eingegangenen Telegramm aus Kingston auf Jamaica von heute ist der amerikanische Dampfer „Emily Souder", welcher Newyork am 8. d. Mts verlassen hatte, um sich nach San Domingo, Port-Plate und Panama zu begeben, ist zwei Tage nach der Abfahrt untergegangen. Zwei Personen der Mannschaft sind bei Kingston gelandet. Man besorgt, daß die Passagiere und die übrige Mannschaft ertrunken sind.

Kairo, 27. Dezember. Von der Winterresidenz des Khedive, dem Abdinpalaste, ist etwa die Hälfte durch Feuer zerstört worden.

Die egyptischen Staatseinnahmen in den Monaten Januar bis Oktober d. Js. betrugen 5 1/2 Millionen Pfd. Sterl. gegenüber 6,750,000 Pfd. Sterl. im Vorjahre.